

## Liste der Anträge zum Entwurf der Haushaltssatzung 2014

### Gliederung:

- A. Haushaltssatzung
- B. Ergebnishaushalt
- C. Finanzhaushalt
- D. Stellenplan
- E. Finanzplanung
- F. Haushaltsbegleitende Anträge

### Verteiler:

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung,  
Mitglieder des Magistrats,  
Mitglieder der Ortsbeiräte Bauschheim und Königstädten,  
Mitglieder des Ausländerbeirats,  
Schriftführer/innen der Ausschüsse der Stadtverordneten-  
versammlung und vorgenannten Beiräte,  
Vorsitzender des Seniorenbeirats,  
Büro des Stadtverordnetenvorstehers,  
Büro des Oberbürgermeisters,  
Fachbereich Bürgerservice und Zentrales – Magistratsbüro,  
Stabstelle Stadtmarketing  
Alle Fachbereiche, Ämter und Einrichtungen

## A. Haushaltssatzung

Antrags-Nr.	Antragssteller	Antrag	Abstimmungs- ergebnis
1	Die Linke/Liste Solidarität	Der Hebesatz der Grundsteuer B wird auf 425 v.H. festgesetzt.	
2	Die Linke/Liste Solidarität	Der Hebesatz der Grundsteuer A wird auf 430 v.H. festgesetzt.	

## B. Ergebnishaushalt

Antrags-Nr.	Produkt-Nr. Sachkonto-Nr.	Bezeichnung	Seite	Antragsteller	Ansatz lt. Entwurf incl. 2. Fortschreib. in €	Beantragte Veränderung in €	Beantragter neuer Ansatz in €	Abstimmungs-ergebnis	Begründung/Erläuterung des Antragstellers
3	Diverse Produkte	Personal- und Versorgungsaufwendungen	2.FS	Die Linke/Liste Solidarität	45.356.130	+ 1.029.400	46.385.530		Eine solche Reduktion über nicht spezifizierte "Diverse Teilhaushalte" ist nicht zu verantworten. Die Stadtverordnetenversammlung wird auf diese Weise eines wesentlichen Teils ihres Haushaltsentscheidungsrechts beraubt.
4	Diverse Produkte 6774000	Gutachter- und Beratungskosten	div.	RFFW	237.400	0	237.400		Die im Haushalt 2014 angesetzten Beratungs- und Gutachterkosten in Höhe von 237.400 € werden gesperrt. Die Gutachter- und Beraterkosten sind in den letzten Jahren stetig gestiegen, ohne dass hier für die Bürgerinnen und Bürger nennenswerte Vorteile entstanden sind.
5	010100000 6860200	Stadtverordnetenversammlung Förderung der Fraktionsarbeit	101	Die Linke/Liste Solidarität	100.000	- 11.111	88.889		Die neue Summe entspricht einer Kürzung der geplanten 100.000 € um ein Neuntel. Dies ist logisch, da in diesem Jahr statt wie bisher üblich neun (9) nur acht (8) Stadtverordnetenversammlungen und Ausschussrunden stattfinden werden.
6	010100030 6774000	Magistrat Beratungskosten, Gutachten	117	Die Linke/Liste Solidarität	50.000	- 30.000	20.000		Nur in sehr seltenen Fällen werden Beratungen oder Gutachten beauftragt, um Sachkenntnis zu erwerben. In der Regel ist Zweck der Gutachten bereits vorgesehene Entscheidungen zusätzlich zu legitimieren.
7	010101000 6774000	Rechnungsprüfungsamt Beratungskosten, Gutachten	121	Die Linke/Liste Solidarität	30.000	- 20.000	10.000		Nur in sehr seltenen Fällen werden Beratungen oder Gutachten beauftragt, um Sachkenntnis zu erwerben. In der Regel ist Zweck der Gutachten bereits vorgesehene Entscheidungen zusätzlich zu legitimieren.

Antrags-Nr.	Produkt-Nr. Sachkonto-Nr.	Bezeichnung	Seite	Antragsteller	Ansatz lt. Entwurf incl. 2. Fortschreib. in €	Beantragte Veränderung in €	Beantragter neuer Ansatz in €	Abstimmungs-ergebnis	Begründung/Erläuterung des Antragstellers
8	010102060	Protokoll, Städtepartnerschaften							Die Personalaufwendungen werden auf dem Stand von 2013 zzgl. der feststehenden tariflichen Steigerungen festgesetzt. Der eingesparte Differenzbetrag wird zu etwa gleichen Teilen für Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen im Fachbereich Jugend und Soziales, Produkt 060040700, in der Verwaltung Soziale Dienste und finanzielle Hilfen, Produkt 060040710 sowie für die personelle Verstärkung der Fachstelle Soziales zur verbesserten Koordinierung von Armutprävention und Armutsbekämpfung eingesetzt.  <u>Anmerkung des Fachbereichs Finanzen:</u> Es wurde eine 2 % tarifvertragliche Steigerung eingerechnet.
		Personal- und Versorgungsaufwendungen	2.FS	Die Linke/Liste Solidarität	296.000	- 153.500	142.500		
8 a	060040700	Verwaltung Fachbereich Jugend und Soziales							
		Personal- und Versorgungsaufwendungen	400		95.300	+ 51.200	146.500		
8 b	060040710	Verwaltung Soziale Dienste und Soziales							
		Personal- und Versorgungsaufwendungen	402		1.085.800	+ 51.200	1.137.000		
8 c	050243100	Seniorenarbeit/ Haus der Senioren							
		Fachstelle für Soziales							
		Personal- und Versorgungsaufwendungen	369		359.400	+ 51.100	410.500		

Antrags-Nr.	Produkt-Nr. Sachkonto-Nr.	Bezeichnung	Seite	Antragsteller	Ansatz lt. Entwurf incl. 2. Fortschreib. in €	Beantragte Veränderung in €	Beantragter neuer Ansatz in €	Abstimmungs-ergebnis	Begründung/Erläuterung des Antragstellers
9	010102060	Protokoll, Städtepartnerschaften							Da gemäß einem weiteren Antrag unserer Fraktion die Personalverschiebung vom Produkt Öffentlichkeitsarbeit in das Produkt Protokoll unterbunden wird, ist auch eine Mitnahme von "Informationsmaterial, Werbung" überflüssig. Diese Gelder sind in den von uns angegebenen Produkten wesentlich sinnvoller angelegt. Der eingesparte Differenzbetrag wird zu etwa gleichen Teilen für Aufwendungen im Fachbereich Jugend und Soziales, Produkt 060040700, in der Verwaltung Soziale Dienste und finanzielle Hilfe, Produkt 060040710 sowie für die Arbeit der Fachstelle Soziales zur verbesserten Koordinierung von Armutsprävention und Armutsbekämpfung eingesetzt. Siehe Anträge Nr. 8 - 8 c
	6864000	Aufwendungen für Informationsmaterial, Werbung	2.FS	Die Linke/Liste Solidarität	25.000	- 25.000	0		
9 a	060040700	Verwaltung Fachbereich Jugend- und Soziales							
		Aufwendung für Sach- und Dienstleistung	400		13.551	+ 8.350	21.901		
9 b	060040710	Verwaltung Soziale Dienste und finanzielle Hilfen							
		Aufwendung für Sach- und Dienstleistung	402		206.665	+ 8.350	215.015		
9 c	050243100	Seniorenarbeit/ Haus der Senioren							
		Fachstelle für Soziales							
		Aufwendung für Sach- und Dienstleistung	369		88.460	+8.300	96.760		

Antrags-Nr.	Produkt-Nr. Sachkonto-Nr.	Bezeichnung	Seite	Antragsteller	Ansatz lt. Entwurf incl. 2. Fortschreib. in €	Beantragte Veränderung in €	Beantragter neuer Ansatz in €	Abstimmungs-ergebnis	Begründung/Erläuterung des Antragstellers
10	010102400	Öffentlichkeitsarbeit/ Gesamtmarketing							Die "Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit" sind wie die Personalaufwendungen der Produkte "Öffentlichkeitsarbeit/Marketing" überhöht. Das beste Marketing für Rüsselsheim ist eine gute städtische Angebotslage in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport und Soziales, die beantragte Verlagerung der Aufwendungen kommt dem zugute.  Der eingesparte Differenzbetrag wird zu etwa gleichen Teilen für Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen im Fachbereich Jugend und Soziales, Produkt 060040700, in der Verwaltung Soziale Dienste und finanzielle Hilfen, Produkt 060040710 sowie für die personelle Verstärkung der Fachstelle Soziales zur verbesserten Koordinierung von Armutprävention und Armutsbekämpfung eingesetzt.
10 a	6861000	Aufwendung für Öffentlichkeitsarbeit	2.FS	Die Linke/Liste Solidarität	60.000	- 20.000	40.000		
		Verwaltung Fachbereich Jugend- und Soziales							
		Aufwendung für Sach- und Dienstleistung	400		13.551	+ 6.650	20.201		
10 b		Verwaltung Soziale Dienste und finanzielle Hilfen							
		Aufwendung für Sach- und Dienstleistung	402		206.665	+ 6.650	213.315		
10 c		Seniorenarbeit/ Haus der Senioren							
		Fachstelle für Soziales							
		Aufwendung für Sach- und Dienstleistung	369		88.460	+ 6.700	95.160		
11	010102400	Öffentlichkeitsarbeit/ Gesamtmarketing							Rüsselsheim befindet sich mit der Aufarbeitung seiner Geschichte auf einem guten Weg. Dies wird durch die Intensivierung der Stadtführungen erfahrbar ("erhebbar") gemacht. Damit wird die Werbung für Rüsselsheim gestärkt und eine Auseinandersetzung mit der Stadtgeschichte angeboten.  Siehe Antrag Nr. 14
	6861500	Kosten der Stadtführung	2.FS	Die Linke/Liste Solidarität	2.000	+ 8.000	10.000		

Antrags-Nr.	Produkt-Nr. Sachkonto-Nr.	Bezeichnung	Seite	Antragsteller	Ansatz lt. Entwurf incl. 2. Fortschreib. in €	Beantragte Veränderung in €	Beantragter neuer Ansatz in €	Abstimmungs-ergebnis	Begründung/Erläuterung des Antragstellers
12	010102400	Öffentlichkeitsarbeit							Die Personalaufwendungen werden auf den Stand von 2012 zuzüglich der feststehenden tariflichen Erhöhungen festgesetzt. Der eingesparte Differenzbetrag wird zu etwa gleichen Teilen für Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen im Fachbereich Jugend und Soziales, Produkt 060040700, in der Verwaltung Soziale Dienste und finanzielle Hilfen, Produkt 060040710 sowie für die personelle Verstärkung der Fachstelle Soziales zur verbesserten Koordinierung von Armutsprävention und Armutsbekämpfung eingesetzt.
		Personal- und Versorgungsaufwendungen	2.FS	Die Linke/Liste Solidarität	269.600	-142.600	127.000		
12	010102450	Stabsstelle Stadtmarketing							
		Personal- und Versorgungsaufwendungen			326.400	-173.400	153.000		
12 a	060040700	Verwaltung Fachbereich Jugend- und Soziales							
		Personal- und Versorgungsaufwendungen	400		95.300	+ 105.300	200.600		
12 b	060040710	Verwaltung Soziale Dienste und finanzielle Hilfen							
		Personal- und Versorgungsaufwendungen	402		326.400	+ 105.400	431.800		
12 c	050243100	Seniorenarbeit/Haus der Senioren							
		Fachstelle Soziales							
		Personal- und Versorgungsaufwendungen	369		359.400	+ 105.300	464.700		

Antrags-Nr.	Produkt-Nr. Sachkonto-Nr.	Bezeichnung	Seite	Antragsteller	Ansatz lt. Entwurf incl. 2. Fortschreib. in €	Beantragte Veränderung in €	Beantragter neuer Ansatz in €	Abstimmungs- ergebnis	Begründung/Erläuterung des Antragstellers
13	010102450  6861250	Stabstelle Stadtmarketing  Kosten des Marketings	2.FS	Die Linke/Liste Solidarität	200.000	- 70.000	130.000		Die Kosten für Stadtmarketing sind überhöht. Das beste Marketing für Rüsselsheim ist eine gute städtische Angebotslage in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport und Soziales, die Einsparung kommen dem zugute. Die Reduzierungen ergeben sich außerdem durch den Antrag zur Festsetzung der Personalaufwendungen für die Produkte Öffentlichkeitsarbeit und Stadtmarketing auf den Stand 2012.
14	010102450  6863000	Stabstelle Stadtmarketing  Information u. Präsentation f. touristische Zwecke	2.FS	Die Linke/Liste Solidarität	23.000	- 8.000	15.000		Die hier eingesparten 8.000 € werden gezielt für die Konzeptentwicklung und Durchführung alternativer Stadtführungen eingesetzt. Siehe Antrag Nr. 11.
15	010103100  6774000	Stadtkämmerei  Beratungskosten, Gutachten	155	Die Linke/Liste Solidarität	20.000	- 10.000	10.000		Nur in sehr seltenen Fällen werden Beratungen oder Gutachten beauftragt, um Sachkenntnis zu erwerben.
16	010160050  6774000	Gebäudewirtschaft  Beratungskosten, Gutachten	168	Die Linke/Liste Solidarität	33.000	- 12.000	10.000		Nur in sehr seltenen Fällen werden Beratungen oder Gutachten beauftragt, um Sachkenntnis zu erwerben.
17	030020000  6775000	Schulverwaltung  Beratungskosten, Prozessbegleitung, Gründung Mittelstufenschule	223	Die Linke/Liste Solidarität	0	+ 30.000	30.000		Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen eine neue Mittelstufenschule in Rüsselsheim zu gründen, die die bisherigen Schulen Parkschule und Friedrich-Ebert-Schule ersetzen soll. Um diesen Prozess erfolgreich planen, durchführen und begleiten zu können muss eine Planungsgruppe gegründet werden, deren Mitglieder für ihre Arbeit entlastet und deren laufenden Ausgaben gesichert sein müssen.



Antrags-Nr.	Produkt-Nr. Sachkonto-Nr.	Bezeichnung	Seite	Antragsteller	Ansatz lt. Entwurf incl. 2. Fortschreib. in €	Beantragte Veränderung in €	Beantragter neuer Ansatz in €	Abstimmungs- ergebnis	Begründung/Erläuterung des Antragstellers
18	030222510  6161100	Gerhart-Hauptmann-Schule  Vermieter-Bauunterhaltung - Wartungskosten Gebäude	263	UKL	75.300	+ ?	?		Es sind zusätzliche Mittel in den Haushalt 2014 einzustellen. Unabhängig von Beschlüssen über die Zukunft der Gerhart-Hauptmann-Schule muss deren Betriebssicherheit gewährleistet sein.
19	030222510  6161100	Gerhart-Hauptmann-Schule  Vermieter-Bauunterhaltung - Wartungskosten Gebäude	263	UKL	75.300	+ ?	?		Es sind zusätzliche Mittel in den Haushalt 2014 einzustellen. Die beiden Sporthallen der GHS (Mehrzweckhalle und 3-Felder Halle) sind für die schulischen, sportlichen sowie kulturellen Aktivitäten des Stadtteils unverzichtbar und stellen 2/3 der Fläche des Sporthallenangebotes in Königstädten dar.
20	04003000  6994265	Kultursteuerung  Umsetzung Handlungsschwerpunkt "Freizeit, Kultur und Bildung qualifizieren"	2.FS	Die Linke/Liste Solidarität	50.000	- 50.000	0		Hier wird eine Umfirmierung von Geldern für das Programm "Rüsselsheim 2020" versucht. Es ist nicht ersichtlich, wofür diese Gelder verwendet werden sollen. Die Formulierungen in der Studie "Rüsselsheim 2020" zu den Aufgabenfeldern des angegebenen Handlungsschwerpunkts sind vage, phrasenhaft, redundant und zum Teil obsolet. Auf dieser Basis kann die Stadtverordnetenversammlung keine Ausgaben verantworten.
21	04003000	Kultursteuerung  Personal- und Versorgungsaufwendungen	2.FS	Die Linke/Liste Solidarität	69.200	- 69.200	0		Hier soll ohne vorherige Befassung der Stadtverordnetenversammlung in der Sache offenbar die Schaffung einer Organisationseinheit Kultursteuerung finanziell abgesichert werden. Dieses Vorgehen ist inakzeptabel. Stattdessen wäre eine verbesserte Kooperation und eine Kommunikationsoptimierung zwischen dem zuständigen Dezernenten und der Leitung des Eigenbetrieb Kultur123 sinnvoll und notwendig.

Antrags-Nr.	Produkt-Nr. Sachkonto-Nr.	Bezeichnung	Seite	Antragsteller	Ansatz lt. Entwurf incl. 2. Fortschreib. in €	Beantragte Veränderung in €	Beantragter neuer Ansatz in €	Abstimmungs- ergebnis	Begründung/Erläuterung des Antragstellers
22	060646800  7299400	Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe  Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit	  2.FS	  Die Linke/Liste Solidarität	  118.700	  + 18.300	  137.000		Die in der 2. Fortschreibung angegebene Kürzung um fast 15 Prozent wird nicht sachlich begründet. Eine "konsolidierungsbedingte Anpassung" ist gerade bei einer Aufgabe wie der Senkung der Jugendarbeitslosigkeit nicht zu akzeptieren. Genauso wenig zu akzeptieren ist, dass durch die Einbringung solcher Änderungen nach der 1. Lesung des Haushaltsentwurfs eine klärende Nachfrage vor Ende der Antragsfrist nicht möglich ist.
23	08015700  6161100	Freizeitbad an der Lache  Vermieter Bauunterhaltung Wartungskosten Gebäude	  599	  Die Linke/Liste Solidarität	  112.400	  + 1.100.000	  1.212.400		Das Hallenbad ist ein wesentlicher Teil der kommunalen Infrastruktur. Sowohl die schwimmsporttreibenden Vereine, das Schulschwimmen und das Schwimmenlernen allgemein, die gesundheitliche Prävention als auch der Freizeitspaß der Bevölkerung leiden bereits zu lange unter der fast einjährigen Schließung. Eine ganzjährige Schwimmmöglichkeit in Rüsselsheim ist für alle diese Bereiche erforderlich.
24	090161000  6776600	Stadtplanung  Prozessbegleitung Opel-Forum	  617	  Die Linke/Liste Solidarität	  300.000	  - 300.000	  0		Der Ansatz von 300.000 € wird gestrichen.
25	090161000  6776500	Stadtplanung  Planungskosten Opel-Altwerkflächen (Phase II)	  2.FS	  Die Linke/Liste Solidarität	  50.000	  - 50.000	  0		Nachdem mit Bürgerbeteiligung und Ideenwettbewerbe ein neues Nutzungskonzept für die Opel-Altwerkflächen erarbeitet worden sein wird, können für diese Position erneut Mittel eingestellt werden.
26	090161540  6994260	Rüsselsheim 2020  Umsetzung Rüsselsheim 2020	  2.FS	  RFFW	  50.000	  - 50.000	  0		Die Voraussetzungen und Annahmen der Studie Rüsselsheim 2020 sind nicht mehr gegeben.  <u>Anmerkung des Fachbereichs Finanzen:</u> Der Antrag geht von Aufwendungen in Höhe von 187.500 € aus. In der 2. Fortschreibung wurde der Ansatz auf 50.000 € reduziert.

Antrags-Nr.	Produkt-Nr. Sachkonto-Nr.	Bezeichnung	Seite	Antragsteller	Ansatz lt. Entwurf incl. 2. Fortschreib. in €	Beantragte Veränderung in €	Beantragter neuer Ansatz in €	Abstimmungs- ergebnis	Begründung/Erläuterung des Antragstellers
27	090161540 6994260	Rüsselsheim 2020 Umsetzung Rüsselsheim 2020	2.FS	Die Linke/Liste Solidarität	50.000	- 50.000	0		Das auf der Rürup-Studie "Rüsselsheim 2020" aufsetzende "Stadtentwicklungsprogramm" dient in keiner Weise der Entwicklung von Rüsselsheim zu einer selbstbewussten, sozialen, ökologischen und demokratischen Stadt.
28	100188200 6774000	Unbebautes Grundvermögen Gutachten Beratungskosten,	643	Die Linke/Liste Solidarität	20.000	- 7.000	13.000		Wir gehen davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereiches so geschult und kompetent sind, dass sie die Aufgaben mit dem gleichen Ausmaß an externer Beratung und Gutachten erfüllen können wie in 2012.
29	110170000 6774000	Abwasserbeseitigung Beratungskosten, Gutachten	668	Die Linke/Liste Solidarität	270.000	- 10.000	260.000		Wir gehen davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereiches so geschult und kompetent sind, dass sie die Aufgaben mit dem leicht erhöhten Ausmaß an externer Beratung und Gutachten erfüllen können wie in 2012.  <u>Anmerkung Fachbereich Finanzen:</u> Die Anhebung des Haushaltsansatzes um 250.000 € im Rahmen der 1. Fortschreibung steht im Zusammenhang mit der Einführung einer gesplitteten Abwassergebühr.
30	150179100 7128720	Wirtschaftsförderung Zuschuss für City Marketingverein	761	Die Linke/Liste Solidarität	24.250	- 19.250	5.000		Werbung für ihre Unternehmen ist Sache der Privatwirtschaft selbst. Angesichts der Finanzsituation der Stadt Rüsselsheim ist ein Förderbetrag von 5.000 € mehr als angemessen.
31	150179100 7128650	Wirtschaftsförderung Zuschuss an die Standortmarketing- gesellschaft	761	Die Linke/Liste Solidarität	40.000	- 40.000	0		Der Ansatz wird gestrichen.  Diese Gesellschaft erbringt keinen erkennbaren Nutzen für die Rüsselsheimer Bürgerinnen und Bürger.

Antrags-Nr.	Produkt-Nr. Sachkonto-Nr.	Bezeichnung	Seite	Antragsteller	Ansatz lt. Entwurf incl. 2. Fortschreib. in €	Beantragte Veränderung in €	Beantragter neuer Ansatz in €	Abstimmungs- ergebnis	Begründung/Erläuterung des Antragstellers
32	150179100 69940600	Wirtschaftsförderung Maßnahmen der Stadtentwicklung	761	Die Linke/Liste Solidarität	100.000	- 90.000	10.000		Der Posten wird nicht weiter qualifiziert. Für Maßnahmen, deren Erfolg nur behauptet aber nie bewiesen wird, braucht die Stadt nicht derartig hohe Summen einzustellen.
33	16019000 5559200	Steuern , all. Umlagen, allg. Zuweisungen Hundesteuer	801	Die Linke/Liste Solidarität	155.000	- ?	?		Rüsselsheimer Steuerpflichtigen, die Hundesteuer bezahlen müssen, wird auf Antrag die fällige Hundesteuer erlassen, falls sie einen aktuellen Berechtigungs-Ausweis der Stadt Rüsselsheim vorlegen können.

## C. Finanzhaushalt

Antrags-Nr.	Investitions-Nr.	Bezeichnung	Seite	Antragsteller	Ansatz lt. Entwurf incl. 2. Fortschreib. in €	Beantragte Veränderung in €	Beantragter neuer Ansatz in €	Abstimmungsergebnis	Begründung/ Erläuterung des Antragstellers
34	12016300AA	Gemeindestraßen-Diverse kleinere Um- Aus- und Neubauten	843	Die Linke/Liste Solidarität	290.000	- 90.000	200.000		Der Ansatz wird auf den Ansatz der Vorjahre (200.000 €) reduziert.
35	12016300CG	Gemeindestraßen-Ausbau Kreuzungsbereich Stahlstraße/A.-Opel-Str./Hessenring	844	Die Linke/Liste Solidarität	150.000	- 150.000	0		Der Ausbau des Kreuzungsbereiches Stahlstraße/Adam-Opel-Str./Hessenring unterbleibt.  Die grundhafte Erneuerung des Kreuzungsbereichs ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig und finanziell nicht akzeptabel. Vielmehr sollte der Schwerpunkt der Arbeiten am Straßennetz auf der Sanierung der am stärksten geschädigten Straßen liegen.

Antrags-Nr.	Investitions-Nr.	Bezeichnung	Seite	Antragsteller	Ansatz lt. Entwurf incl. 2. Fortschreib. in €	Beantragte Veränderung in €	Beantragter neuer Ansatz in €	Abstimmungsergebnis	Begründung/ Erläuterung des Antragstellers
36	12016300AG	Gemeindestraßen-Sanierung der Walter-Flex-Str. - 3.BA	843	Die Linke/Liste Solidarität	100.000	- 100.000	0		Der Ausbau der Walter-Flex-Str. 3.-5. Bauabschnitt soll auf 2017 ff verschoben werden. Der dringlichste Teil der Walter-Flex-Str. (1. und 2.BA) ist umgebaut und saniert. Die weiteren Abschnitte finden sich, wie so viele Rüsselsheimer Straßen, in keinem guten Zustand. In Anbetracht der finanziellen Situation ist ein umfassender Umbau zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht vertretbar. Vielmehr sollte der Schwerpunkt der Arbeiten am Straßennetz auf der Sanierung der am stärksten geschädigten Straßen liegen. Siehe Antrag Nr. 40
37	12016300BV	Gemeindestraßen-Sanierung der Walter-Flex-Str. - 4.BA	844		100.000	- 100.000	0		
38	12016300AC	Gemeindestraßen-Erweiterung Radwegenetz allgemein	843	Die Linke/Liste Solidarität	25.000	+ 25.000	50.000		Damit wird eine beschleunigte Verbesserung des Radwegenetzes in 2014 ermöglicht.

## D. Stellenplan

<b>Antrags-Nr.</b>	<b>Produkt-Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Seite lt. Entwurf</b>	<b>Antragsteller</b>	<b>Beantragte Stellenveränderung</b>	<b>Begründung/Erläuterung des Antragstellers</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
39	050243100	Seniorenarbeit/Haus der Senioren		Die Linke/Liste Solidarität	+ 1	Die Fachstelle Soziales wird umgehend. ausgeschrieben und wieder besetzt	

## E. Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) 2014-2017

Antrags-Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Seite	Antragsteller	Ansatz 2014-2017	Beantragte Veränderung	Beantragter neuer Ansatz	Abstimmungs- ergebnis	Begründung/ Erläuterung des Antragsteller
40	12016300BW	Gemeindestraßen-Sanierung der Walter-Flex-Str. - 5.BA	844	Die Linke/Liste Solidarität	2016 525.000	Verschieben auf 2017 ff	0		Der Ausbau der Walter-Flex-Str. 3.-5. Bauabschnitt soll auf 2017ff verschoben werden.
	12016300AG	Gemeindestraßen-Sanierung der Walter-Flex-Str. - 3.BA			2015 500.000	"	0	Siehe Antrag Nr. 36	
	12016300BV	Gemeindestraßen-Sanierung der Walter-Flex-Str. - 4.BA			2015 500.000	"	0	Siehe Antrag Nr. 37	



## F. Haushaltsbegleitende Anträge

Antrags-Nr.	Antragssteller	Antrag	Abstimmungsergebnis
41	RFFW	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat mit der umgehenden Prüfung der kurzfristigen Wiedereröffnung des Lachebades auf Basis der von der BI vorgelegten Kostenschätzung zu beauftragen. Die Prüfung erfolgt gemeinsam mit der BI. Die Stadtverordnetenversammlung wird über das gemeinsam verabschiedete Prüfergebnis zur Sitzung des HuFa am 01.04.2014 informiert.	
42	RFFW	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat mit einer Erstellung einer Gesamtkonzeption für Rüsselsheim zu beauftragen. Die Gesamtkonzeption umfasst alle für Rüsselsheim relevanten Themengebiete der nächsten Jahre zumindest bis zum Ende des Konsolidierungspfades unter dem kommunalen Rettungsschirm (2023) und wird zur Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2014 dem Parlament als Grundsatzbeschluss vorgelegt. Die Aufwände hierfür werden aus den Haushaltsmitteln bestritten; externe Kosten fallen nicht an.	
43	RFFW	<p>Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat eine Neuausrichtung des Rüsselsheimer Stadttheaters prüfen zu lassen. Die Neuausrichtung beinhaltet u.a. folgende Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Öffnung für Kongresse</li> <li>- Öffnung für Messen</li> <li>- Öffnung als Hörsaal der örtlichen Fachhochschule</li> <li>- Einrichtung eines Cafe- bzw. Gastronomiebetriebes</li> </ul> <p>Für die Akquise solcher Veranstaltung werden die Mitarbeiter des Eigenbetrieb Kultur 123 eingeschaltet und erhalten hierfür eine Weiterbildung. Falls dies von Kultur 123 nicht geleistet werden kann, muss über eine Neuausrichtung von Kultur 123 verhandelt werden.</p>	

Antrags-Nr.	Antragssteller	Antrag	Abstimmungsergebnis
44	Ausländerbeirat	<p><b>Schildanbringung</b>  Die verantwortliche Verwaltung wird gebeten zu prüfen, an welcher Stelle die Anbringung eines Schildes vor dem Karstadtgebäude der Frankfurter Straße erfolgen kann. Auf dem Schild soll der Hinweis stehen, dass das Gebäude im Privatbesitz ist und die Stadt Rüsselsheim den Zustand des Gebäudes nicht verantworten kann.</p>	
45	RFFW	<p>Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Seniorenbeiratswahlen grundsätzlich im 5-jährigen Turnus zusammen mit der Kommunalwahl stattfinden zu lassen.</p> <p>Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, eine Regelung vorzuschlagen, nach der die nächste eigentlich für das Jahr 2015 vorgesehene Seniorenbeiratswahlen auf den Termin der Kommunalwahl 2016 verschoben werden kann.</p>	
46	Ausländerbeirat	<p>Die verantwortliche Verwaltung überprüft die Möglichkeiten inwieweit das Reduzieren der Straßenverkehrsbeleuchtung um 3,5 Stunden von 01.00 Uhr bis 04.30 Uhr und das Aussetzen der Beleuchtung von öffentlichen Parkplätzen in der Zeit von 01.00 Uhr bis 04.30 Uhr durchführbar ist.</p> <p>Siehe Antrag-Nr. 47</p>	
47	RFFW	<p>Die verantwortliche Verwaltung überprüft die Möglichkeiten inwieweit das Reduzieren der Straßenverkehrsbeleuchtung um 3,5 Stunden von 01.00 Uhr bis 04.30 Uhr und das Aussetzen der Beleuchtung von öffentlichen Parkplätzen in der Zeit von 01.00 Uhr bis 04.30 Uhr durchführbar ist.</p> <p>Siehe Antrag-Nr. 46</p>	